



Presseinformation – 846/10/2019

11.10.2019
Seite 1 von 2

Minister Laumann: Vorfahrt für die Gesundheit

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
oder 0211 837-1151

Bundesrat beschließt von Nordrhein-Westfalen eingebrachte Gesetzesinitiative zum Nichtraucherschutz von Kindern und Schwangeren in Kraftfahrzeugen

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales informiert:

—
Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann begrüßte die heutige Entscheidung des Bundesrates mit den Worten: „Die Gesundheit der Kinder muss Vorfahrt vor den Interessen rauchender Erwachsener haben. In einem verrauchten Auto sind fünfmal so viele Schadstoffe in der Luft wie in einer verrauchten Bar. Und Kinder und Ungeborene sind durch Tabakrauch besonders gefährdet. Deshalb ist es gut, dass der Bundesrat jetzt grünes Licht für die Vernunft und den Nichtraucherschutz gegeben hat.“
—

Mit dem Beschluss des Bundesrats wird die Initiative jetzt dem Bundestag mit dem Ziel zugeleitet, das Bundesnichtraucherschutzgesetz dahingehend zu ändern, dass in Kraftfahrzeugen nicht geraucht werden darf, wenn Minderjährige oder Schwangere an Bord sind. Denn minderjährige oder ungeborene Kinder können sich dem Passivrauchen nicht selbstständig entziehen, und gerade in kleinen, geschlossenen Räumen wie Autos ist die Konzentration der Schadstoffe beim Rauchen besonders hoch. Schädigungen der Lunge, erhöhtes Krebsrisiko und Wachstumsstörungen sind nur einige der möglichen Folgen.

„Wir haben uns zu der Bundesratsinitiative entschlossen, weil landesgesetzliche Regelungen hier keinen Sinn ergeben“, so der Minister. „Denn welcher Raucher würde sich mit 16 verschiedenen Landesgesetzen auseinandersetzen, bevor er mit dem Auto durch die Republik fährt?“

Die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen, der sich die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein angeschlossen haben, hat eine breite Basis von Unterstützern. Zuvor hatten

sich bereits die Gesundheitsministerkonferenz der Länder und der nordrhein-westfälische Landtag für ein Rauchverbot in Autos ausgesprochen, wenn Kinder oder Schwangere mitfahren.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Telefon 0211 855-3118.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)